



Nr. 50. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Mittwoch, den 30. Januar 1878.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

54. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 29. Januar).

10 Uhr. Am Ministerialen Friedenthal mit mehreren Commissarien. Der Bericht über die Verwaltung des Hinterlegungs-Fonds für 1877 wird der Budgetcommission überreicht, nachdem auf eine Anfrage des Abg. Hammacher der Regierungs-Commissarius Geheimer Rath Dahlke erklärt hat, daß ein Gesetz-Entwurf über das Hinterlegungswesen bereits ausgearbeitet sei und spätestens in der nächsten Session vorgelegt werden solle.

Nachdem das Haus den 29. Bericht der Staatschulden-Commission für 1876 an die Budgetcommission verwiesen und der Oberrechnungskammer für ihre Rechnungen für 1876 und das I. Quartal 1877 Decharge erhielt hatte, trat dasselbe in die zweite Beratung des Gesetz-Entwurfs, betreffend Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus ein.

§ 1 lautet nach den Commissionsbeschlüssen: „Wenn das Vorhandensein der Reblaus (Phylloxera vastatrix) auf einem zur Rebultur benutzten Grundstück oder an einzelstehenden Rebköpfen von den durch das Reichsgesetz vom 6. März 1875 bestimmten Organen oder anderen Sachverständigen festgestellt worden ist, kann der Oberpräsident solche Verfassungen treffen, welche eine Verschleppung der Reblaus zu verhindern geeignet erscheinen, namentlich: 1) verbieten, daß Reben und Rebsteile, sowie andere Pflanzen und Pflanzenteile, gleichviel, ob bewurzelt oder unbewurzelt, von diesem Grundstück oder von einzelnen Theilen derselben abgegeben oder überbaut entfernt werden, 2) die Vernichtung der infizierten Rebulturen und die Desinfection des Bodens anordnen und ausführen lassen, auch 3) die Benutzung des desinfizierten Bodens zur Rebultur für einen bestimmten Zeitraum unterlassen. Die erforderlichen Maßregeln können einzeln oder in Verbindung angeordnet werden und — sofern die Reblausfrucht räumlich einen größeren Umfang erreicht — auf einen ganzen Gemeinde- (Guts-) Bezirk oder mehrere solche Bezirke ausgedehnt, dagegen auch, sofern nur einzelne Theile eines Grundstücks zur Rebultur benutzt werden, auf diese beschränkt werden. Alle Rebulturen unterliegen jederzeit der Beaufsichtigung und Untersuchung durch vom Oberpräsidenten zu ernennende Sachverständige.“

Hierzu beantragen: 1) Delius statt der Worte: „Die erforderlichen Maßregeln“ die Worte: „Die vorbeschriebenen oder sonst erforderlichen Maßregeln“ zu setzen; 2) Lucius und Seelig die Worte: „sowie andere Pflanzen und Pflanzenteile in Nr. 1 zu freichen, eventuell die unter 1, 2 und 3 aufgezählten Maßregeln nur auf die Weinbau treibenden Districte zu beschränken; 3) Petri einige redaktionelle Änderungen, die auch vom Referenten acceptirt werden.

Der Referent Abg. Knebel führt aus, daß keine andere Landplage so verderbliche Wirkungen haben würde, als die Reblaus, wenn wir das Unglück hätten, sie bei uns in weiterem Umfange verbreitet zu sehen. Wo die Reblaus sich verbreite, werde den Winzern die Grundlage ihres Gewerbebetriebes völlig entzogen. Den Anträgen der Abg. Lucius und Seelig stehe die Thatwaffe entgegen, daß die Phylloxera auch durch andere Pflanzen, als durch Reben, verbreitet werden kann; diese Amendements würden außerdem die Wirksamkeit des Gesetzes sehr beeinträchtigen. Die Amendements Delius und Petri seien im Sinne des Commissionsbeschlusses gefaßt.

Abg. Seelig: Die Verhältnisse in Frankreich können für uns nicht maßgebend sein, schon deshalb nicht, weil unser Weinbau-Areal in gar keinem Verhältnis zu dem französischen steht. Die Reblaus ist außerdem in Deutschland wahrscheinlich schon seit 15 Jahren vorhanden, ohne sich besonders bemerkbar gemacht zu haben. In Bonn sind Jahre lang amerikanische, mit Rebläusen behaftete Weinstände dagewesen, ohne daß sich das Infect von dort weiter verbreitet hat. Bei uns kommt überhaupt nur die ungeschlüpfte Art derselben vor und diese richtet nicht mehr Schaden an, als andere Blattläuse. Das Thier muß zwar so viel wie möglich ausgerottet werden, aber das rechtfertigt nicht so umfassende Maßregeln, welche die größte Schädigung des Eigentums verursachen. Indem ist constatirt, daß sich die Reblaus lebend auf anderen Pflanzen nicht ausstößt, wodurch die Gefahr einer anderweitigen Verbreitung des Infects bestätigt wird. Unter den Begriff „Pflanzen und Pflanzenteile“ könnten schließlich auch Holz, Früchte, Getreide subsumiert werden und derartige Produkte könnten, bei dem Vorhandensein kranker Reben, ohne Entzündung vernichtet werden. Schließlich müssen sich die Maßregeln auf die Weinbau treibenden Districte befränken; die letzteren zählen ungefähr 100,000 Köpfe, während die übrige 24,000,000 zählende Bevölkerung, um jener willen, nicht in ihrem Eigentum geschädigt werden kann.

Abg. Petri: Der Gesetzentwurf will die Interessen der Weinbau treibenden Bevölkerung wahren. Abg. Seelig gibt von unrichtigen Voraussegnungen aus. Wenn man die Interessen der Weinbau treibenden und die der Baum- und Rebschulenbesitzer in Betracht zieht, so wird man finden, daß die letzteren durch die Existenz der Phylloxera nur wenig beschädigt, die ersten geradzu in ihrer Existenz bedroht werden. Gerade in der ungeschlüpften Form verursacht das Infect mehr Schaden, als in der geschlüpften. Hebrigens sind auch geschlüpfte Exemplare der Reblaus in verschiedenen Genden Deutschlands vorgekommen. Wenn nun in Baum- und Rebschulen solche geschlüpfte Rebläuse vorhanden sind, was ebenfalls feststeht, aus der geschlüpften Form sich die ungeschlüpfte entwickeln kann, so müssen diese Rebschulen als der eigentliche Herd der Verbreitung angesehen werden; deshalb müssen diese unter die nötige Aufsicht gestellt werden. Wenn die dessalligen Bestimmungen fortfallen, hat das Gesetz gar keinen Wert. Ich bitte, den Antrag Seelig abzulehnen.

Staatsminister Dr. Friedenthal: Der Antrag Lucius und Seelig würde den wesentlichen Zweck des Gesetzes vereiteln. Das Gesetz hat namentlich den Charakter einer Präventivmaßregel, um später tiefer einschneidende Maßnahmen überflüssig zu machen. Wo das Bedürfnis es nicht erfordert wird, werden die Behörden die ihnen gegebenen Befugnisse nicht ausüben, aber es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden es zu thun. Die Übertragung der Reblaus auf mechanischem Wege ist jedenfalls möglich, meßwegen sich die Ausdehnung auf die betreffenden Pflanzen und Pflanzenteile rechtfertigt. Auf die Weinbau treibenden Districte kann das Gesetz nicht beschränkt werden, weil die Befriedigung einer so laren ist und dadurch keine Directive gewonnen, sondern nur neue Zweifel entstehen würden, was unter einem solchen District gemeint ist. Ich ersuche, die Commissionsbeschl. sie anzunehmen.

Abg. Lucius bemerkt, daß die Ausdehnung des Gesetzes auf Pflanzen und Pflanzenteile einer Sistirung des Pflanzenhandels, in bestimmten Gegenenden, gleichkomme und daß eine so rigorose Maßregel durch das bisherige Auftreten der Reblaus in Preußen nicht gerechtfertigt werde. Im Übrigen werde das Gesetz, wenn es nur für Preußen, nicht aber für das Reich Gültigkeit habe, ziemlich unwirksam sein, da das preußische Gebiet von den anderen Staaten vielfach durchdrungen würde. Ein Mangel sei auch darin zu finden, daß die mit der Ausübung des Gesetzes betrauten Polizeibehörden in den Angelegenheit nicht sachverständig seien.

Staatsminister Dr. Friedenthal: Eine reichsgerichtliche Regelung der Sache würde gewiß erfolgreicher sein, als die im Wege der Particulargesetzgebung. Aber man kann nicht das Beste unterlassen, weil man nicht das Beste erreichen kann. Ein Reichsgesetz könnte bis jetzt nicht erlassen werden, weil bekanntlich die Kompetenz des Reiches in dieser Beziehung bestritten ist. Die übrigen Ausführungen des Abg. Lucius fallen damit, daß es sich in dem vorliegenden Entwurfe nicht um bestimmte Verbote, sondern um die Faustität der Behörden handelt, solche zu erlassen. Den Polizeibehörden werden die Sachverständigen der vom Reiche geschaffenen Districte zur Seite stehen. Kommt das Gesetz nicht zu Stande, so wird man sich, wie bisher, mit polizeilichen Verordnungen behelfen müssen und die Bevölkerung werden unter solchen Verhältnissen die ihnen jetzt gebotenen Entschädigungen entbehren.

Abg. Dammann bestreitet, daß durch den Gesetz-Entwurf das Geschäft der Rebschulen-Behörde vollkommen lähm gelegt werde: der facultative Charakter der Ausführung stehe den dessalligen Befürchtungen entgegen.

Die Anträge der Abg. Lucius und Seelig werden abgelehnt und der § 1 der Vorlage mit den redaktionellen Änderungen der Abg. Petri und Delius genehmigt.

Die §§ 2, 3 und 4 werden ohne Debatte angenommen.

Der Referent Knebel bemerkt, daß die Commission die Aufnahme des § 4a, welcher in der Regierungsvorlage nicht enthalten gewesen, in folgender Weise für nötig befunden habe: Jeder Eigentümer oder Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, von dem Vorhandensein der Reblaus und von allen verdächtigen Erscheinungen, welche das Vorhandensein der Reblaus befürchten lassen, der Orts-Polizei-Behörde unverzüglich Anzeige zu machen.

§ 4 wird ohne Debatte genehmigt.

§ 5 der Vorlage lautet: Die durch die Vernichtung der Rebulturen und Desinfection des Bodens entstehenden Kosten fallen dem Staat zur Last. Derjenige, dessen Rebulturen von den im § 1 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, den Ertrag des durch die Untersuchung oder Vernichtung gesunder Reben ihm erwachsenen Schadens vom Staat zu verlangen. Der Anspruch auf Entschädigung geht verloren, wenn der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte der in § 4a ihm auferlegten Verpflichtung wissenschaftlich oder aus einem vertretbaren Versehen nicht nachgekommen ist.

Hierzu beantragt der Abg. v. Kraatz, statt der Alinea 1 und 2 zu setzen: Der Ertrag für die vernichteten gefundenen Reben und die Kosten der Desinfection fallen dem Staat zur Last.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag damit, daß er den Staat vor mächtigen Entschädigungsansprüchen der Bevölkerung schützen möge. Der § 5 gebe zu weit; nur die vernichteten Reben müsse der Staat entschädigen und ebenso die Kosten der Desinfection tragen; weitere Ansprüche aus etwaigen Betriebsstörungen seien zurückzuweisen. Wenn die Interessen noch andere Entschädigungen haben wollten, so mögen sie Versicherungs-Gesellschaften gründen.

Abg. Bernhardt spricht sich gegen das Amendment von Kraatz aus, da der § 5 des Commissionsbeschlusses gar nicht die Bedeutung habe, welche ihm der Antragsteller untergelegt. Nach Alinea 2 werde auch nur die Entschädigung für den unmittelbaren, im Werthe der vernichteten Rebe sich ausdrückende Schaden erzeugt. Die Entschädigungen des § 5 gingen übrigens nicht zu weit; besonders dann nicht, wenn die Reblaus erst die eigentliche Säite ihres Gebedens, die großen Weinberge, infizirt hätte.

Abg. Donalies beantragt, unter Bezugnahme auf das Biehnschen Gesetz, Alinea 1 ganz und gar weglassen zu lassen; der Staat dürfe die durch die Desinfection entstehenden Kosten nicht tragen und habe nur für die vernichteten gefundenen Reben Entschädigung zu leisten.

Die Abg. Schellwitz und Dammann vertheidigen den Commissionsbeschluß; der Letztere führt aus, daß die Desinfection auch auf andere als kranke Reben ausgeübt werden müsse und daß dies nicht auf Kosten des Besitzers geschehen könne.

Abg. Frenzel glaubt, daß das Gesetz in seiner jetzigen Fassung nicht viel Erfolg haben werde; die Weinbergsbesitzer würden die vorgeschriebene Anmeldung nicht machen, da sie die infizierten Reben noch mehrere Jahre benutzen könnten; Erfolg sei nur dann zu erwarten, wenn eine Zwangsversicherung für die Weinbergsbesitzer angeordnet würde.

Abg. v. Schorlemmer-Alst bemerkt, daß noch nicht genug Material vorgelegen habe, um Zwangsversicherungen vorzuschreiben; wenn die Regierung das Material gesammelt haben werde, so würde das Haus gewiß in diesem Sinne Beschuß fassen.

Abg. Knebel hält die Fassung des § 5 noch für außerordentlich eng, wenn man berücksichtigt, daß die kranken Reben noch für fünf bis sechs Jahre ertragfähig seien. Wenn der Antrag Donalies angenommen würde, so stände das Gesetz vollkommen unfehlig und systemlos da.

Die Anträge Kraatz und Donalies werden abgelehnt und der § 5 nach dem Commissionsbeschuß angenommen.

Die Commission hat ferner vorgeschlagen, die Regierung aufzufordern, die Errichtung einer Zwangsversicherung auf Gegenseitigkeit unter den Besitzern von Rebulturen Beipiel Ertrages des Schadens in Folge Vernichtung der durch die Reblaus ergriffenen kranken Reben in Erwägung zu nehmen und bejahenden Falles die gesetzliche Regelung vorzubereiten.

Abg. Lucius hält die Resolution für verfehlt, da man erst die Wirksamkeit des Gesetzes abwarten müsse, außerdem hebe sie das durch das Gesetz festgestellte Entschädigungsprinzip auf.

Abg. v. Schorlemmer-Alst bemerkt dagegen, daß die im Gesetz festgesetzte Entschädigung nur die gefundenen Reben betreffe, während die Resolution lediglich auf kranke Reben beziehe.

Hierzu wird die Resolution angenommen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Unterbringung von verwahrlosten Kindern in Erziehungs- oder Besserungsanstalten.

Der § 1 der Vorlage lautet nach dem Commissionsbeschuß: „Wer nach Vollendung des sechsten und vor Vollendung des zwölften Lebensjahres eine strafbare Handlung begeht, kann von Obrigkeitswegen in eine geeignete Familie oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden, wenn dies zu seiner sittlichen Erziehung und Besserung erforderlich ist.“

Hierzu beantragt die Abg. Dr. Brüel, Zelle, Miquel und Genossen: Anstalt der Schlusshorte im § 1, „wenn dies zu seiner sittlichen Erziehung und Besserung erforderlich ist“ zu setzen: „wenn seine zur Erziehung verpflichteten Angehörigen hierzu ungeeignet erscheinen und ohne solche Unterbringung seine fernere sittliche Verwahrlosung vorzusehen ist.“

Das gesperrt gebrachte „fernere“ beantragt der Abg. Bergenthal.

Berichterstatter Dr. Lammers: In der Commission haben die verschiedensten Standpunkte mit gleichem Eifer für das Zustandekommen des Gesetzes gewirkt, so daß ich hoffe, es wird im Plenum nicht anders sein. Die Commission hat nicht untersucht, ob die Reichsgesetzgebung wohl über Uebel gehandelt hat, als sie die Straflosigkeit der Kinder unter 12 Jahren aussprach; sie hat lediglich in Erwägung gezogen, daß es der Landesgesetzgebung vorbehalten sei, die vorliegende socialpolitische Aufgabe zu lösen, und zwar friedlicher als das Strafgesetzbuch. Jetzt handelt es sich speziell darum, ob in Preußen diese Aufgabe befreitend und wirksam gelöst werden kann, und ob sich der Flug der Straflosigkeit der Kinder unter 12 Jahren in Sezen verwandeln wird.

Es melden sich 2 Redner gegen und 5 für das Gesetz zum Wort.

Abg. Dauzenberg beweist zunächst, daß der vorliegende Entwurf der erste Schritt zur Lösung der sozialen Frage sei, wie der Regierung-Commissar im Herrenhause behauptet habe; denn er abstrahire vollständig von aller Religion, die sozialen Frage könne aber nur durch die Religion bestimmt werden. Der Standpunkt der Regierung sei überhaupt der, die Religion bei der Erziehung völlig außer Spiel zu lassen. Was den vorliegenden Entwurf speziell betrifft, so sei derselbe in der gegenwärtigen Zeit eine gefährliche Handhabe in den Händen der Verwaltungsbehörden. Wohl sage man, daß hinlängliche Garantien gegeben seien, weil in der ersten Instanz der Vermundschaftrichter und in der zweiten eine andere richterliche Behörde über die Sache entscheide, aber die Katholiken hätten in Marpingen (Heiterkeit) gesessen, wie sich der Vermundschaftrichter durch den Culturstampf beeinflussen lasse, und hätten deshalb zu diesen Instanzen wenig Vertrauen.

Offenbarliche wettliche Anstalten seien zur Zwangserziehung am allerungeeignetesten und sollten nur im äußersten Notfall benutzt werden.

Aber die kirchlichen Privatanstalten, die früher so segensreich gewirkt, habe man multhwilliger und grausamer Weise (Unruhe, sehr richtig! im Centrum) zerstört. Hier zeigt sich der Culturstampf in seiner ganzen erbärmlichkeit (Lebhaftes - Bravo im Centrum, Widerspruch und Unruhe links). An der Hand der kirchlichen Statistik weiß Redner nach, wie viele verwahrloste Kinder zu den billigsten Bedingungen von den jetzt aufgehobenen Orden erzogen worden seien, und deduziert daraus, daß die Regierung die Schuld treffe, wenn diese Jünglinge der zerstörten kirchlichen Orden jetzt verwahrlost seien (Sehr richtig!). Diese Zerstörung der katholischen Erziehungsanstalten sei um so mehr zu beklagen, als den Protestanten ihre derartigen Institute belassen worden seien. Vielleicht habe man auch die katholischen Jünglinge ohne Weiteres in protestantische Erziehungsanstalten gebracht, so daß denselben dort eine Zwangserziehung zu Theil werde. Er seinerseits meine, daß unter

den heutigen Verhältnissen weltliche Anstalten wenig geeignet seien, eine erziehende Thätigkeit auszuüben und daß deshalb das Beste sei, die Kinder in Familienlage zu geben. Redner empfiehlt schließlich das Amendment Brüel, das die Rechte der Eltern mehr garantire, stimmt aber gegen den § 1, weil derselbe culturstamferisch ausgebaut werden könnte.

Abg. Löwenstein: Ich bewundere die Geschicklichkeit, mit der es der Vorredner verstanden, bei dieser Gelegenheit eine Culturstamferie zu halten, auf deren Übertriebungen und Unwahrheiten einzugehen, ich aber keine Veranlassung habe. Nur den Vermundschaftrichter in Marpingen muß ich in Schutz nehmen. Sein Beschuß wurde zwar von der Rathskammer aufgehoben, aber nur deshalb, weil die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen war.

Herr Sello hat neulich in seinem Vortrage das Nöthige hierüber gesagt, und ich kann mich mit der Bezugnahme hierauf befriedigen. Gegen das Amendment von Brüel und Genossen muß ich mich entscheiden aussprechen, denn einmal ist die Besorgniß, daß ein culturstamferischer Vermundschaftrichter die ursprüngliche Fassung mehr Garantien, als die Brüel sie fasse. Es ist auch nothwendig, daß dem Vermundschaftrichter ein gewisser Spielraum gelassen wird und dann finde ich es unklar, wenn das Amendment von „vorauszusehender“ Verwahrlosung spricht, während doch das Gesetz die bereits eingetretene Verwahrlosung voraussetzt. Ich empfehle Ihnen Ablehnung des Amendments und unveränderte Annahme des § 1.

Reg.-Commissar Hübler: Es ist unrichtig, wenn der Abg. Dauzenberg sagt, daß fast alle katholischen Rettungsanstalten durch die Ausführung des Klosteres zerstört worden sind. Bei Erhalt des Klosteres existierten in Preußen 41 klösterliche Genossenschaften, die sich mit der Pflege verwaister und verwahrloster Kinder beschäftigten. Zwei davon sind in den letzten Jahren freiwillig aufgegeben worden, 20 wurden staatlich geschlossen (börte im Centrum) und von den übrigen sind bereits 9 vergrößert worden, d. h. es sind an Stelle der Schwestern weltliche Pfleger getreten, betreut, der anderen aber schwelen noch die Verhandlungen. „Mutwillig und grausam“ ist die Regierung nicht vorgegangen (doch im Centrum). Sie hat nur das Gesetz ausgeführt und ihre Pflicht erfüllt. (Sehr richtig links.) Durch Schließung der Anstalten ist auch kein einziges Kind verwahrlost worden, denn die Schließung trat nie früher ein, als bis Erhalt geschaffen. Die Regierung war angeleget, um die Befreiung der Kinder in Familien unterzubringen (Abgeordneter Windthorst: Bei den Mindesfördernden), bei geistigen Familien. (Widerspruch im Centrum.) Ich erwarte den Nachweis, wo verwaiste Kinder von uns auf die Straße gesetzt worden sind. (Bravo links.)

Abg. Bölle: Wenn der Abg. Dauzenberg besondere auf die Katholiken Rücksicht nimmt, so beweist er, daß der § 1 des Commissionsbeschlusses ausdrücklich für die Katholiken bestimmt ist. Bei Erhalt des Klosteres existierten

Klosteres zerstört worden sind. Bei Erhalt des Klosteres existierten in Preußen 41 klösterliche Genossenschaften, die sich mit der Pflege verwaister und verwahrloster Kinder beschäftigten. Zwei davon sind in den letzten Jahren freiwillig aufgegeben worden, 20 wurden staatlich geschlossen (börte

das Recht, Jeden eidlich zu vernehmen, den er dazu für geeignet hält. Es sei deshalb vollkommen überflüssig, den Zwang, alle die genannten Behörden zu hören, aufrecht zu erhalten. Er beantragt daher, den Waisenrat und den Schulvorstand zu streichen, dafür aber an den Orten, wo die Ortspolizei und der Gemeindevorstand nicht zusammenfallen, auch den letzteren zu nehmen zu lassen. Andererseits soll der Richter den Waisenrat, den Schulvorstand und die Ortspolizeibörde vor dem Termin der Schlussverhandlung zu benachrichtigen verpflichtet sein.

Die Abg. v. Bunsen und v. Rauchhaupt bitten im Interesse grösserer Garantien gegen die Willkür des Einzelrichters die Fassung der Commission unverändert zu lassen. Man könne dies um so eher, als das Wort „soll“ den Richter nach dem Sprachgebrauch der Gesetzgebung nicht absolut zwinge, alle die genannten Personen zu vernehmen.

Abg. Löwenstein empfiehlt sein Amendment, das dem Richter ganz bestimmt den Fall angebe, in welchem die Großeltern zu hören sind. Im Uebriegen tritt er den Gründen des Abg. Miquel bei. Beide Anträge werden hierauf angenommen.

§ 4 gibt das Recht der Beschwerde gegen den Beschluss des Vormundschaftsrichters allen den Personen, die nach § 3 gehörig werden sollen; den Eltern, beziehungsweise Großeltern aber nur dann, wenn der Beschluss auf Unterbringung lautet.

Ein Antrag des Abg. Wachler (Schweidnitz), diese Beschränkung des Beschwerderechts der Eltern fallen zu lassen, wird abgelehnt.

Bei § 7 spricht Abg. Schröder (Eberswalde) einen Zweifel aus, ob die Bestimmungen des Gesetzes ausreichen, um eine zwangsweise Vollstreckung der Unterbringung zu ermöglichen. Da sowohl Abg. Zelle als der Referent Abg. Lammers diese Frage bejaht, so verzichtet Abg. Schröder auf einen im Sinne der Klärstellung jenes Zweifels eingebrachten Antrag.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Mittwoch Abends 7 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen außerdem die Anträge der Abg. Meyer (Arnswalde) und Bilek. Schluss 4 Uhr.

## 11. Sitzung des Herrenhauses vom 29. Januar.

11 Uhr. Am Ministerialen Leonhardt, Camphausen mit mehreren Commissarien.

Das Haus setzt die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung der Oberlandes- und Landgerichte fort, und wendet sich der Provinz Sachsen, Oberlandesgerichts-Bezirk Breslau, zu. Die Justiz-Commission hat das Landgericht in Brieg gestrichen und dessen Bezirk dem Breslauer Gericht zugelegt. Fürst Pleß beantragt, in Brieg ein Landgericht zu errichten und demselben den Kreis Nimpisch, welchen das Abgeordnetenhaus dem Landgericht Schweidnitz zugeheilt hatte, zuzulegen, ferner nicht in Schweidnitz, sondern in Waldenburg ein Landgericht zu errichten.

Fürst Pleß versicherte seinen Antrag damit, daß Brieg wohl allen Anforderungen entspreche, die man an einen Landgerichtssitz stellen kann; wenn der Kreis Nimpisch diesem Landgericht zugelegt würde, sei dasselbe auch der Bevölkerungszahl nach allen anderen Bezirken ebenbürtig. Für Waldenburg gegen Schweidnitz führt Redner aus, daß erstes viel industrieller sei und nach vier Seiten Eisenbahnen habe, während Brieg nur nach zwei Seiten Eisenbahnen hat.

Geh. Justizrat Mindfleisch bemerkte, daß seitens der Regierung das Landgericht Brieg nicht aufrechterhalten werden könne, daß dieselbe vielmehr den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zustimme. Die beteiligten Kreise selbst haben kein Interesse, nach Brieg gewiesen zu werden; sie würden sogar zum großen Theil in nähere Verbindung mit Breslau zu treten. Wenn der Beschluss des Abgeordnetenhauses, den Kreis Nimpisch nach Schweidnitz zu legen, aufrecht erhalten wird, so sei das Landgericht in Brieg nicht recht lebensfähig, weil sein Bezirk nur 172,000 Einwohner umfaße.

Oberbürgermeister Göbin empfiehlt dagegen dringend die Beibehaltung des Landgerichts in Brieg, auch wenn der Kreis Nimpisch bei Schweidnitz bleiben sollte; jedenfalls sollte man die Differenzen mit dem Abgeordnetenhaus nicht ohne Not verschärfen und vermehren.

Das Haus genehmigt den Commissionsvorschlag, das Landgericht Brieg zu streichen, das Uebrige bleibt unverändert.

In Bezug auf die Landgerichte der Provinz Sachsen hat die Commission Aenderungen nicht vorgenommen, sondern nur den Sitz des Oberlandesgerichts nach Halle gelegt, während die Vorlage und das Abgeordnetenhaus Naumburg in Aussicht genommen hatten. Der Antrag v. Gösler's will die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wieder herstellen.

Justizminister Dr. Leonhardt bedauert, daß die Regierung in diesem Hause von den Beschlüssen der Commission abweichen und sich für den Antrag von Gösler's erklär' müsse. Warum soll gerade Halle, welches bis jetzt keines der drei für Sachsen bestehenden Appellgerichte gehabt hätte, jetzt das Oberlandesgericht bekommen? Preußen müsse schon jetzt für die Justizreform große Opfer bringen; bei der tiefs eingreifenden Neorganisations folle man die Eingriffe nicht ohne Not vermehren. Für Halle führe man die centrale Lage ins Feld. Wenn man die Geschäfte des Oberlandesgerichts betrachte, so fällt dieser Grund fort, denn beim Oberlandesgericht werden die Verhandlungen durch Rechtsanwälte geführt. Die centrale Lage sei wohl für ein Land, nicht aber für ein Oberlandesgericht maßgebend. Halle hat eine Universität. Weshalb soll man daher dieser Stadt noch eine zweite Vergünstigung gewähren? Bei den Wechselbeziehungen zwischen Universität und Gericht liegt das grösste Interesse auf Seiten der Universität. Die Studirenden sollen in die Gerichtssäle gehen und aus der praktischen Ansicht lernen. In die Sitzungen des Oberlandesgerichts werden sie keine zweimal gehen, aber die Sitzungen des Landgerichts mit grossem Interesse frequentieren. Wenn nun Halle ein großes Landgericht erhält, so ist das Interesse der Universität vollständig gewahrt. Wenn man nun bedenkt, daß Naumburg hinreichende Baulichkeiten hat, schon jetzt das grösste Appellgericht besitzt, eine wunderbare Natur und ein billiges Leben bietet, daß die Beamten sich nach Naumburg förmlich drängen, so sind das wohl Gründe genug, sich für Naumburg zu entscheiden, welches auch vom Abgeordnetenhaus angenommen worden ist.

v. Bielefeld plädiert für Naumburg, welches ein billiges Leben darbietet und außerdem die genügenden Baulichkeiten besitzt, die in Magdeburg oder Halle erst mit den größten Kosten beschafft werden müssen.

Oberbürgermeister Hasselbach führt aus, daß man die berechtigsten Interessen Magdeburgs und der ganzen Provinz verleihe, wenn man das Oberlandesgericht nach Naumburg lege. Die Bedingungen, welche die Regierung für den Sitz des Oberlandesgerichts aufgestellt hat, stimmen ganz genau auf Magdeburg, aber nicht auf Halle und Naumburg; nur das erste sei ausgezeichnet durch seine kommerzielle Bedeutung, seine geographische Lage, seine guten Straßennetzwerke; es bietet außerdem entsprechende Mietshäusern und gute Erziehungsanstalten. Außerdem sei Magdeburg die Hauptstadt der Provinz und habe durch den 200jährigen Besitz eines Appellgerichts das historische Recht für sich, welches die Motive der Regierungsvorlage zu berücksichtigen versprechen. Der Magdeburgische Schöppenstuhl sei berühmt und habe segensreich für Ausbreitung des deutschen Rechtes gewirkt und somit habe die Stadt ein grösseres historisches Recht, als alle andern Städte. Das Interesse der Rechtsplege erfordert nicht, daß das Obergericht nach Halle oder Naumburg gelegt wird; und dem Publizum ist es jedenfalls sehr unangebracht, wenn dasselbe in die eine Ecke der Provinz gelegt wird; deshalb dürste es im Interesse der Justiz liegen, das Gericht nach Magdeburg zu legen; die Stadt ist zu Opfern bereit und das Domprobstei-Genade am Domplatz, welches jetzt als Lazareth benutzt wird, würde der geeignete Platz sein, um einen Justizpalast zu errichten.

Justizminister Leonhardt: Wenn der Vorredner das Interesse der Rechtsplege wahret will, warum betont er dann mit solcher Enthusiasmie den Besitzstand und das historische Recht? Wenn er dann seitens der Stadt Opfer angeboten hat, so ist es doch jedenfalls besser, wenn man solche Opfer nicht anzunehmen nötig hat, wie dies in Naumburg der Fall ist.

Professor Schulze führt aus, daß die Oberlandesgerichte in die Hauptstädte der Provinz gelegt werden müssten; eine Hauptstadt sei aber nicht die, wo der Oberpräsident seinen Sitz hat, sondern die, nach der das geläufige Leben der Provinz gravitiere. Das treffe für Breslau, Stettin und Königsberg zu, nicht aber für Magdeburg; denn die Provinz Sachsen sei in keinem Körper, sondern nur ein Konglomerat verschiedenartiger Gebiete, die niemals das Gefühl hatten, daß Magdeburg die Centralstelle sei. Als Mittelpunkt der Provinz sei vielmehr Halle anzusehen, welches vermöge seiner Schienenverbindungen von allen Seiten am Bequemsten zu erreichen ist. Außerdem besitzt Halle eine Universität; die Verbindung zwischen Universität und Gericht sei nicht absolut notwendig; aber da Halle graphisch am günstigsten liegt, sei die Verbindung mit der Universität dem üblichen Stillleben in Naumburg vorzuziehen. In Halle werde die Wissenschaft praktischer und die Praxis wissenschaftlicher werden.

Professor Dernburg tritt für Halle ein; der Staat habe ein Interesse daran, die Provinzialuniversitäten zu führen und zu erhalten; denn nicht nur Berlin, München und Leipzig sollen als Universitäten bestehen, sondern man müsse auch die kleineren Universitäten zu erhalten und ihnen ihren Kampf ums Dasein zu erleichtern suchen, der für Halle nicht leicht ist. Der Verkehr der Richter mit den Professoren sei ein großer Vorteil für beide

Theile. Jedenfalls solle man lieber Magdeburg als Halle wählen, Naumburg sei absolut zu verwerfen.

v. Gösler: Wenn Preußen schon so viele Opfer für die Gerichtsorganisation bringt, wenn es seinem obersten Gerichtshof aufgeht, wenn der Richterstand selbst manche Unbequemlichkeiten wird ertragen müssen, so darf man dem letzteren doch gerade nicht den Ort verschließen, der ihm der liebste war. Der alte Magdeburgische Schöppenstuhl ist doch antiquarisch und hat mit dem Oberlandesgericht gar nichts zu thun. (Heiterkeit.) Naumburg ist nicht ein unbedeutender Ort, wie man es in den Petitionen vielfach geschildert hat.

Oberbürgermeister v. Böck (Halle) führt aus, daß der Besitzstand Naumburg's ihm nicht imponiere; erst in der Zeit der Neuorganisation Preußens im Jahre 1815 habe man aus Gründen der Staatsräson das Gericht nach Naumburg verlegt, weil man die neuen Brüder versöhnen wollte; Halle, welches im 30jährigen Kriege und in den französischen Kriegen von 1806 Vieles habe leiden müssen, habe bei der Organisation nichts erlangt. Mehr imponiere ihm, dem Redner, der Besitzstand Magdeburg's. Die Stadt Halle sei zu großen Opfern bereit, nicht um aus der Steuerkraft der Beamen Capital zu schlagen, sondern weil sie der Ansicht sei, daß sie im Interesse der Universität zu diesen Opfern verpflichtet sei. Er selbst, der doch als Oberbürgermeister kein Interesse daran habe, königliche Behörden in der Stadt zu sehen, spreche sich für die Combination von Universität und Gericht im Interesse der ersten aus. Für Naumburg spreche kein anderer Grund, als daß die Richter dort ein behagliches Leben führen können. Es liege in der südöstlichen Ecke der Provinz, während Halle ein Knotenpunkt für die Eisenbahnen sei und auch ein regeres geistiges Leben biete als Naumburg, in welchem die Richter „versauern“ würden. Für Naumburg spreche kein durchschlagender Grund, sondern nur seine schöne Natur. Für Halle spreche Magdeburg gegenüber seine centralere Lage und auch das Fehlen der Regierungsbehörden; außerdem habe aber auch Anhalt-Dessau ein Interesse daran, das Oberlandesgericht in Halle zu sehen, da es ja mit Preußen einen Jurisdictionssvertrag abgeschlossen habe. Wenn Magdeburg gewählt würde, so könnte man das in Halle vertheilen und begreifen lernen; wenn man aber Naumburg wähle, so sei die neue Justizreorganisation in puncto der Provinz Sachsen ein Mißkrißt.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung bis Mittwoch 11 Uhr.

Berlin, 29. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Hofrat Sommerfeld zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen Commandeur-Insignien zweiter Klasse des Herzoglich anhaltischen Hausordens Albrechts des Barons ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Regierungsrath von Tummetz zu Coblenz zum Ober-Regierungsrath, und den Landgerichts-Rath Eschweiler in Köln zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgerichtshofe daselbst ernannt; sowie dem Regierungsrath Cöster zu Kassel den Charakter als Geheimer Regierungsrath; und den Kataster-Controleuren, Steuer-Inspectoren Gause zu Breslau, Weisse zu Greifenberg in Pommern, Blaibach zu Altdöbern, Ruffmann zu Billesfeld, Schleski zu Joachimsthal und Krause zu Frankfurt a. O. den Charakter als Rechnungs-rath verliehen.

Dem Notar Friedrich August Mallo in Wörth ist zum 1. April d. J. die nachgeholte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichslandes ertheilt.

Berlin, 29. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute Morgen den Staatsminister Dr. Friedenthal und den Polizei-Präsidenten von Madai zum Vortrage, nahm dann in Gegenwart des Commandanten, General-Viceadmirals von Neumann, militärische Meldungen entgegen und ließ Sich hierauf durch den Chef der Admiralität, General der Infanterie von Stosch, und den Chef des Militär-Cabinets, General-Adjutanten von Albedyll, Vortrag halten. Außerdem empfingen Se. Majestät den regierenden Fürsten Reuß i. L. und den General-Feldmarschall Herwarth von Bittenfeld.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] welche Sich gestern Vormittag um 10 Uhr nach Potsdam begeben hatten, kehrten Nachmittag um 2 Uhr nach Berlin zurück.

Abends besuchten Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Charlotte die Musikaufführung des Cäcilien-Vereins zum Besten der unter dem Protectorat Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin stehenden Hilfsfonds der Pensionsanstalt für Lehrerinnen und des Studien- und Stipendienfonds des Victoria-Lyceums, in der Sing-Akademie.

Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz begab Sich demnächst noch in das Königliche Schauspielhaus. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 29. Jan. [Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande. — Vorlage über den Verkehr mit Lebensmitteln. — Die Kriegskosten-Entschädigungs-Angelegenheit. — Keine Denkschrift zur Stellvertretungs-Vorlage. — Aufnahme der Tabaksteuer-Vorschläge.] Am 14. Januar trat im Reichskanzler-Amt unter dem Vorstz des Geh. Ober-Neg.-Raths Huber aus dem Reichskanzler-Amt eine Commission für Reform der Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande zusammen, deren Berathungen voraussichtlich noch mehrere Wochen andauern werden. Die Commission zählt zu Mitgliedern außer dem Vorstz den Gen.-Director der Zölle und indirekten Steuern in den Reichslanden Fabricius, den Geh. Ober-Post-Rath Günther, den Geh. Ober-Finanz-Rath Bohnen, den Director des kaiserl. statistischen Amtes Dr. Becker, den Ober-Zoll-Rath Sieben, den Geh. Neg.-Rath Kretsch, den Reg.-Rath Hegelmeier und der Steuer-Rath Collas. In wie weit die Arbeiten der Commission zur Gewinnung von Material für die Verhandlungen durch Rechtsanwälte geführt werden, steht die Einbringung einer desfallsigen Vorlage als preußischer Antrag im Bundesrat demnächst bevor.

— Dem Bundesrat ist eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Kriegskosten-Entschädigung zugegangen. Darnach beträgt die Gesamt-Einnahme der Kriegskosten-Entschädigung für Rechnung der ganzen Kriegs-Gemeinschaft 4,204,051,259,63 M. Hieraus werden bestritten A. die Ausgaben 1) der ganzen Kriegsgemeinschaft mit 1,834,898,385,90 Mark, 2) der Gemeinschaft von Württemberg, Baden, Kurhessen und dem Norddeutschen Bunde 19,374,464,00 Mark, 3) der Gemeinschaft von Bayern, Südbaden und dem Norddeutschen Bund 1,993,951,00 M. 4) Des Norddeutschen Bundes (einschließlich der drei erwähnten Restabstimmungskosten) 1,461,381,167,69 Mark. B. Die Anteile 1) Bayerns mit 269,481,110,05 M. 2) Württembergs mit 84,997,817,25 M. 3) Badens mit 61,036,445,09 Mark. 4) Südbadens mit 28,742,534,48 M. 5) Des Norddeutschen Bundes mit 442,145,414,13 M. zusammen eben die obige Summe von 4,204,051,259,63 M. — Ferner sind über die Verwendung der Erlöse aus entbehrl. Grundstücken in Elsass-Lothringen einem Bundesratsbeschluß gemäß, den Reichskanzler darum zu ersuchen, dem Bundesrat die betreffenden Mitteilungen gemacht. — Die Vorlage über die Stellvertretung des Reichskanzlers soll nach verschiedenen Melbungen der Zeitungen von einer Denkschrift begleitet gewesen sein. Wie wir erfahren, ist diese Vorlage dem Bundesrat in derselben Weise wie alle anderen zugegangen ohne irgend ein weiteres Schriftstück. — Die Vorlage über die Tabaksteuer gibt einzelnen Correspondenten Veranlassung, sich über den unglücklichen Erfolg der Steuervorschläge der Reichsregierung zu ergehen und von der neuesten Vorlage namentlich zu behaupten, daß dieselbe auf die Mitglieder des Bundesrats einen deprimirenden Eindruck gemacht habe. Diese Darstellung ist, soweit der Bundesrat in Frage kommt, sicherlich falsch, die Vorlage über die Tabaksteuer begegnet im Bundesrat einer durchaus vorurtheilsfreien Aufnahme. Was die Aufnahme

im Reichstage anbelangt, so ist es wohl voreilig, dieselbe jetzt schon voraussagen zu wollen.

München, 29. Jan. [Die zweite Kammer] begann heute die Generaldebatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes. Nachdem sich Graf Fugger unter der Voraussetzung der Annahme der von Soden gestellten Anträge für den Gesetzentwurf, Dr. Ritter aber gegen denselben ausgesprochen und erklärt hatte, seine Parole sei: „Diesem Ministerium keinen Gerichtshof!“, wies Minister v. Pfeiffer darauf hin, daß die Organisation der Verwaltung mit der Justizorganisation im engsten Zusammenhang stehe und empfahl dringend die Annahme des Gesetzentwurfs. Hierauf nahmen noch die Abgeordneten Tiendorff und Däbler gegen, die Abgeordneten von Hörmann und Volk für den Gesetzentwurf das Wort, worauf die Generaldebatte geschlossen wurde. Die Specialdebatte wurde nach dem Schlussworte des Berichtstellers Hauf, welcher sich besonders gegen die Ausführungen des Dr. Ritter wendete, auf morgen vertagt.

## Frankreich.

Paris, 26. Jan. [Duportal. — Portails.] Die äußerste Linke (Intransigenten) der Deputirtenkammer hielt heute eine Versammlung und beschloß, den Deputirten Duportal, der neulich wegen seines Schreibens an Louis Napoleon Bonaparte, damals Prinz-Präsident der Republik, von Gambetta an den Pranger gestellt worden, von ihren Listen zu streichen. Einige andere „Executionen“ dieser Art sollen dieser Tage stattfinden, unter Anderen auch die des bekannten Portails der jetzt in Lyon ein äußerst rothes Blatt, den „Courrier Lyonnais“ gegründet hat. Abgesehen davon, daß mehrere geheime Agenten des 16. Mai seine Mitarbeiter sind, hat man jetzt auch erfahren, daß er 1873 im Pariser „Corsaire“ die Candidatur Barodet's nur deshalb auffiel, weil er dafür 75,000 Fr. von den Orleanisten erhalten habe soll. Die Anhänger des Grafen von Paris, welche die Intrigue gegen Thiers leiteten, hatten damals Alles aufgeboten, damit Thiers' Kandidatur und Minister des Neuen, Remusat, nicht gewählt werde. Sie wandten sich an Portails, weil er ihnen bereits während der Commune große Dienste geleistet hatte, obschon er damals keineswegs ein Feind von Thiershütte war und sogar Verhandlungen mit demselben angeknüpft hatte, um sich Geld zu verschaffen. Daß die Republikaner sich im Augenblick so streng zeigten, darf nicht Wunder nehmen, da sie fest entschlossen sind, den Intransigenten, von denen ein großer Theil aus früheren oder gegenwärtigen geheimen Agenten des Kaiserreichs oder des 16. Mai besteht, das Handwerk zu legen.

## Provinzial-Blätter.

=ch = Breslau, 30. Jan. [Der Herr Oberpräsident v. Puttkamer] gedenkt, wie uns aus Oppeln geschrieben wird, am 4. f. M., Vormittags 8 Uhr 24 Min., in Oppeln einzutreffen, zunächst eine Besichtigung der katholischen und evangelischen Elementarschulen vorzunehmen und von 11½ Uhr ab einer Plenar-Sitzung des Reg. Collegi abzuhören. Am 5. f. M. soll Vormittags ein Besuch des Gymnasiums und Seminars, demnächst aber eine Besichtigung des Schlossgebäudes und der übrigen für Errichtung eines Seminars in Breslau gebrauchten Baupläne stattfinden. Nachmittags 5 Uhr 29 M. begibt sich der Herr Oberpräsident nach Kattowitz und am Morgen des 6. f. M. nach Rositz und Schoppinitz zur Besichtigung der dortigen Blei- und Zinkhütte, sowie der Schwefelsäurefabrik. Von Schoppinitz soll die Weiterreise per Bahn nach Schwientochlowish und dann nach Königshütte erfolgen, wo eine Berathung wegen der Wasserversorgung der Stadt Königshütte mit den beteiligten Behörden in Aussicht genommen ist. Um 1 Uhr Nachmittag erfolgt die Abreise nach Lipine (Besichtigung der Zinkwerke), Beuthen und von da per Bahn nach Tarnowitz. Am 7. f. M., Morgens 8 Uhr, beabsichtigt der Herr Oberpräsident über Hugo-hütte (Cellulosefabrik) nach der sächsischen Silber- und Bleihütte Friedrichshütte zu fahren und nach deren Besuch sich über Tarnowitz nach Beuthen zurückzugeben, von wo aus Nachmittags die Tour nach Vorsigswerk genommen wird. Den dortigen Werken ist ebenfalls ein Besuch zugedacht, nach welchem sich der Herr Oberpräsident über Fahrze mit dem von dort um 5 Uhr 8 M. Nachmittags abgehenden Zuge nach Breslau zurück begiebt.

[Zur Kappennpartei] berichtet der „Riesengeb.-Vere.“: Den Unternehmern der Schneekoppenpartei, denen sich auch ein Herr aus Breslau angeschlossen bat, ist es nicht möglich gewesen, das aufgestellte Tages-Programm inne zu halten. Montag Vormittag ging von denselben Zeiten um 10 Uhr 44 Min. in Groß-Aupa aufgegebene Telegramm in Hirschberg ein, welches die Mitteilung enthielt, daß dort, nachdem man auf der Koppe übernachtet habe, alles wohl sei und die Ankunft in Hirschberg erst Montag Abend stattfinden werde. — Die Ankunft erfolgte Abends 7 Uhr.

— d. Breslau, 29. Jan. [Protestanten-Verein.] Den

wissenschaftlichen Bewußtsein kam und von ihrem Glaubensgehalt aller Welt deutliche Rechenschaft ablegte. Die Visitationsreise in Thüringen (1528) enthielt ihm sehr traurige Zustände und bestärkte ihn in der Überzeugung, es müßten nach Zertrümmerung der alten Kirchenordnung neue, auf evangelischem Grunde ruhende feste Formen für Kirche, Schule und Haus geschaffen werden. Diese zeichnete er vor in den sog. Visitationsarikeln. Seine bedeutendste That aber war die Absfassung der Augsburgischen Confession. Man mag, wie Redner ausführt, über die Symbole im Allgemeinen, über Einzelheiten des Augsburg'schen Bekennnisses denken, wie man will, Niemand darf leugnen, daß es ein Meisterwerk ist. Zwar wir Hentigen, denen sie als Bekennniß der ev. Kirche im stricten Wortsinne absolut nicht mehr genügen kann, die wir eine mehr als 300jährige geistige Entwicklung hinter uns haben, welche die Erkenntniß der religiösen Dinge und nicht zum mindesten die der protestantischen Grundgedanken wesenlich gefördert hat, wir vermissen Einiges in ihr und finden Anderes, das evangelisch-biblischen Geist nicht in sich trägt — aber wir müssen das Augsburg'sche Bekennniß geschichtlich beurtheilen, nach Melanchthon's Charakter, nach den Zeitbedürfnissen und Zeitanschauungen. Mit dem Nürnberger Religionsfrieden 1532 trat für M. keine ruhige Zeit ein. Religionsgespräche und Unionsverhandlungen, Lebrosierzen mit Luther, Bestimmungen in Freundschaftskreisen, wissenschaftliche Arbeiten, Vorlesungen, kirchenpolitische Bestrebungen — dies Alles machte ihn zu einem vielbeschäftigte Manne, welcher der Uebersfülle seiner Aufgaben zu erliegen drohte. Im J. 1540 erkrankte er lebensgefährlich in Weimar. Und doch sollte er seinem Freunde die Leichenrede halten; am 18. Februar 1546 starb Deutschlands größter Sohn, Luther. Das ganze Ansehen Luther's ging nun mehr auf Melanchthon über. Se gefeiert sein Name, so groß war der Haß seiner Feinde und der strikten Anhänger der Luther'schen Lehre, von der M. in manchen Städten abwich. Aber der Haß der Gegner ward reichlich überwogen durch die Bewunderung und Liebe seiner Verehrer. Am 19. April 1560 starb er. — Melanchthon ist eine reich und tief, wenn auch nicht heroisch und großartig angelegte Persönlichkeit; an Luther's Riesengröße reicht er eben so wenig heran, wie an Calvin's energische Geistesmacht; er ist jederzeit darauf bedacht, das Leben in allen seinen Formen zum Träger eines Ideals zu machen und den frischen Stoff der Wirklichkeit fort und fort mit den besten Gedanken des Geistes in Einklang zu setzen. Sein Familienleben war ein Abdruck seines Wesens; Leid und Freud hat er reichlich erfahren, beides nahm er in seine Seele auf, daß es ihm zum Besten dienen mußte. Wie Luther liebte er die Geselligkeit in seinem Hause, gern sah er Freunde bei sich. Seine Mildthätigkeit ging ins Fabelhaftie. Das häusliche Leben war sehr einfach. Einst erkundigte sich der Cardinal Bembo bei M. & Schwiegersohn nach dessen Verhältnissen: "Wie viel Gehalt hat Magister Philippus?" — "300 Gulden." — "O undankbares Deutschland, das einen Mann so übel belohnt. Wie viel Zuhörer?" — "1500." — Das Staunen des Cardinals fand keine Grenze. "Was sagt Magister Philippus von der Unsterblichkeit?" — "Er glaubt fest daran." — Und der römische Cardinal? "Ich hätte ihn für einen klügeren Mann gehalten." — Redner schildert im Weiteren Melanchthon's Schreibweise, sein Verhältniß zu seinen Freunden und speciell zu Luther. Bezuglich seines kirchlichen Ideals will Melanchthon, daß das innere Leben der Kirche sich in ihren äußeren Formen auspräge; daß mud- und funnvolle Gebräuche, Bilder und Gefänge erstrebt er für den Cultus, damit sich darin das ganze und abgerundete Gemeindeleben darstelle. Dielem Zweck soll auch die Gestaltung des Dogmas dienen. Darum stellte er sich die Aufgabe, das religiöse und sittliche Element, das kirchliche und das allgemeine menschliche, Augustin und den Humanismus, die Bibel und die klassische Bildung zu versöhnen. Die Herrschaft der Fürsten in kirchlichen Dingen war ihm unbehaglich; er würde gegen Paßt und Bischöfe nichts einzumenden haben, wenn sie dem Evangelio kein Hinderniß in dem Weg legen wollten. Er denkt sich eine wohlgeordnete Landeskirche unter wahrhaft geistlicher Leitung, eine Kirche mit einfach biblischer Lehrweise und strenger christlicher Zucht, mit einem feierlichen Gottesdienst. Sein Ideal ist im Wesentlichen ein gut protestantisches. Er will Einheit und Mannigfaltigkeit verbinden und darum ein Hort des Friedens sein. Sterbend hat er seinen Kindern und Schülern das Wort ans Herz gelegt: "Seid einig in dem Herrn und einträchtig unter einander." — Dies nur eine schwache Sitzung, dann frischen und lebenssicheren Rilfe, mit welchem Redner in

— d. Breslau, 28. Januar. [Verein schlesischer Gastwirth zu Breslau] In der jüngst abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung machte der Vorsitzende, Herr Beck, Mittheilung von dem Tode des Herrn Lubuski, eines Mitbegründers des Vereins. Zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Nach mehreren geschäftlichen Mittheilungen wurde der Jahresbericht erstattet. Nach demselben zählt der Verein gegenwärtig 233 Mitglieder (185 hiesige, 48 auswärtige, darunter 2 Ehrenmitglieder). Versammlungen fanden statt eine ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen, 9 ordentliche Vereinsversammlungen und 16 Vorstandssitzungen. Der Bericht gedenkt im Weiteren des im Juni v. J. hier abgehaltenen 4. deutschen Gastwirthstages. Die Abmachungen mit der Lübecker Lebens-Versicherungs-Gesellschaft geben den Mitgliedern günstige Gelegenheit, unter billigen Bedingungen ihr Leben zu versichern. Ein Rechtsbeistand ist den Mitgliedern in der Person des Rechtsanwalts Lubowski gewonnen worden, bei welchem jedes Mitglied sich gratis juridischen Rat holen kann. Die Wahl der Mitglieder der Einschätzungscommission Littera C. ist auch diesmal wieder aus dem Vereine hervorgegangen. Die Dienst-Controle bedarf noch größerer Unterstützung seitens der Mitglieder. Die Kasse zur Versicherung gegen Trichinen-schäden hat einen bedeutenden Aufschwung genommen. Dieselbe zählt gegenwärtig 110 Mitglieder, welche bis jetzt 2138 Schweine versichert haben. Ein Schaden hat die Kasse bisher noch nicht getroffen. Ihr Bestand beträgt 507 M. 80 Pf. Der Besuch der Versammlungen war ein reger. Bei der Vereinskasse betragen die Einnahmen 3141 M. 26 Pf., die Ausgaben 2776 M. 50 Pf., Bestand 364 M. 76 Pf.; die Unterstützungs-kasse hatte an Einnahmen 1027 M. 47 Pf., an Ausgaben 900 M. 90 Pf. und mithin einen Bestand von 126 M. 57 Pf.; die Vereins-Hauptkasse wies auf in der Einnahme 3872 M. 8 Pf., in der Ausgabe 1100 M., mithin Bestand 2772 M. 8 Pf.; die Unterstützungs-Hauptkasse endlich ist auf 1458 M. 75 Pf. angewachsen. Das gesammte Vereinsvermögen beträgt 4722 M. 16 Pf. Dem Schatzmeister, Herrn Hennig wurde dankend Decharge ertheilt. Nach Annahme einzelner von einer Commission vorgeschlagenen Änderungen des Statuts wurde zur Neuwahl des Vorstandes gefürtten. Es wurden gewählt: Herr Beck zum ersten Vorsitzenden, Herr Nehse zum zweiten Vorsitzenden, Herr Hennig zum Schatzmeister, Herr Gebauer zum Kassirer, Herr Adam zum Schriftführer, Herr Schönahn zumstellvertretenden Schriftführer, endlich die Herren: J. Schneider, R. Seifert, P. Kämmerling und A. H. Sindermann zu Beisitzern. — Endlich wurde noch beschlossen, Dienstag, den 5. Februar, Abends 7 Uhr, im Liebich'schen Saal ein offizielles Mintervergnügen zu veranstalten.

**S** Grünberg, 28. Jan. [Abschiedsfest.] — Prüfung der Nahrungsmittel. — [Gewerbeverein.] Zu Ehren des scheidenden Herrn Bürgermeister Schüler, der Ende dieser Woche in seine neue Stellung nach Gladbeck überziedelt wird, fand gestern in der Kessource ein feierliches Abschiedsessen statt. Die zahlreiche Beteiligung aus allen Kreisen unserer Stadt war ein redender Beweis für die Beliebtheit, der sich unser scheidender Beigeordneter überall zu erfreuen hatte. Herr Bürgermeister Kampfmeier und Herr Stadtdirektor Commissionsrat Söderström gaben den Gefühlen einerseits des Bedauerns über seinen Fortgang, andererseits der Freude darüber Ausdruck, daß Herr Bürgermeister Schüler zu einer so ehrenvollen Stellung berufen ist. Wie wir hören, ist die Bestätigung des Herrn Schüler als Bürgermeister von Gladbeck bereits erfolgt. — Nachdem das Theater uns nunmehr verlassen hat, treten die Vereine wieder mehr in den Vordergrund. Die Kessource, deren Gesellschaftssabende stets gut besucht sind, wird in Kurzem einen großen Maslenball veranstalten. Der Potsche-Verein brachte gestern vor einem überhollen Hause die ältere Operette von Schenk, „Der Dorfbarbier“, zur Aufführung. Entzückten einerseits die reizenden Melodien des Zuhörer, so leisteten andererseits auch die Darsteller Vorzügliches. Hoffentlich wird sich der unermüdliche Dirigent des Vereins, Herr Lehren Potsche, zu einer Wiederholung entschließen. — Die städtischen Behörden fangen an, sich auch hier mit der Frage über die Verfälschung der Lebensmittel zu beschäftigen. Als nächste Aufgabe wird mit Recht die Untersuchung der Milch nicht bloss durch die Milchwaage, sondern auch mittelst des Milchspiegels zur Prüfung des Fettgehalts bezeichnet. Sodann dürfte eine Centralstelle officiell eingerichtet werden, wo jeder gegen eine bestimmte Taxe Nahrungsmittel untersuchen lassen kann. Beide Einrichtungen würden die städtische Kasse nicht belasten. In der letzten Sitzung des Gewerbe-Vereins sprach Herr Großmann über das Licht. Der Gartenbaukursus, zu dem die Regierung dem Verein eine Subvention von 300 Mark pro anno auf drei Jahre bewilligt hat, wird unter Leitung der Herren Kunstdorfer, Bromme und

— ch. Görlitz, 27. Jan. [Nachträgliches zu den Stadtverordnetenwahlen. — Zu der Berichtsrede des Directors Dr. Krüger

Bei der Einführung der letzten drei Städterordneten hat Oberbürgermeister Gobbin auf die Erscheinung hingewiesen, daß alle Wahlen in der Gemeinde während der letzten Jahre stets einen sehr regen Wechsel in der zur Mitarbeit an der Selbstverwaltung berufenen Personen gebracht haben, und zgleich dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß nunmehr eine größere Stetigkeit auch in den Personen eintreten möge. Die daran geprägte Mahnung, daß es in der heutiger Zeit, wo die Selbstverwaltung immer weiteren Gebiete des öffentlichen Lebens umfaßt, von unendlichem Werthe sei, sich durch den Willen aller wohlmeinenden und werthältigen Bürger zu erhalten, das aber, um ihnen die Mitarbeit werth machen, vor Allem wohlwollende Beurtheilung ihrer Leistungen erforderlich sei, denn der Bürger müßte sich angenehm berührt fühlen, wenn er seine Kräfte in den Dienst der Stadt stellt, — ging über die Versammlung, an die sie gerichtet war, hinaus an die Bürgerschaft und die Localpresse. Dann kam Oberbürgermeister Gobbin auf die Steuern zu sprechen, deren Einführung den Anfang zu den Agitationen in der Bürgerschaft gegeben hat, welche in den letzten Jahren Anlaß geworden sind, daß eine Anzahl bewährter und wohl verdienter Männer ihrer communalen Thätigkeit entagt haben oder aus derselben gedrängt sind. „Steuern“, sagte er, sind ein wunderbarer Katalysator für das Gemeindeleben, sie fordern zur Anspannung aller Kräfte heraus und sind ein Sporn für die Beamten zu doppelter Aufmerksamkeit, ein Sporn für den Bürger für die Mitarbeit. Steuern sind dann ein Übel, wenn sie gezahlt werden ohne entsprechende Gegenleistung; wenn aber eine Stadt wie Görlitz, ihren Bürgern solche Acquivalente bietet, wie sie es in ihren öffentlichen Einrichtungen thut, dann brauchen wir uns dieser Forderung nicht zu schamen.“ Zum Schluß forderte Oberbürgermeister Gobbin die Städterordneten auf mit dafür zu sorgen, daß Görlitz sich selber treu bleibe und vormärts schreibe Stillstand einer Stadt keine Rückgang; der Bürgerschaft neue Existenzbedingungen und neue Existenzquellen zu schaffen resp. zu garantiren, heißt in Wohlthaten erweisen. — Betreffs der „Berichtigung“ des Gymnasialdirectors Dr. Krüger bin ich zu einer kurzen Erwiderung genehmigt. Mag ich immerhin die Absicht fern gelegen haben, in seiner Rede am Actus über „Gymnasium und Gegenwart“ irgendwie auf locale Verhältnisse zu ziehen, so ist doch thatsächlich in den Kreisen, welche sich hier für derartige Fragen interessieren, die Wahl seines Themas in diesem Sinne ausgeübt worden und der Umstand, daß vorher in der Localpresse auf die Bedeutung einer Aussprache über diese Frage von Seiten eines fachverständigen Fachmannes besonders hingewiesen war, konnte nur dazu beitragen, diese Ansicht zu bestätigen. Unter solchen Umständen wird der Zusammenhang zwischen der Schulrede des Director Dr. Krüger und der Mitteilung über die Wahl einer Commission zur Entscheidung über die Frage, ob eine der höheren Lehranstalten aufzuhoben sei, wohl Niemand Wunder nehmen. Weden Standpunkt des Director Dr. Krüger anlangt, so erscheint er ihm selbst zwar nicht exclusiv, ist es aber doch; denn er geht davon aus, daß als Grundlage der echten wissenschaftlichen Bildung die Gymnasialbildung unentbehrlich ist und die Gymnasien, um ihre Aufgabe zu erfüllen, noch viel mehr als bisher, das Griechenthum in den Vordergrund drängen müssen, da die Realien, Geschichte und Geographie nicht ausgenommen, die modernen Sprachen und die Mathematik, nicht annähernd solchen Werth für die Bildung des jugendlichen Geistes besitzen, als das Griechische. Das mit der Proklamirung dieser Ansicht der Stadtbürokratie gebrochenen in die Realschulen 1. Ordnung als völlig gleichberechtigt und die auf ihnen gewonnene Bildung als gleichwertige anerkannt zu sehen, liegt auf der Hand. Der Begr. des Amerikanismus ist ein Wahrverständnis möglich; jedenfalls unter einem urtheilsfähigen Theile der Bürokratie der Neoder verstanden, wie ich in meinem neulichen Berichte mittheilte.

— x — Königshütte, 27. Jan. [Beden Jahre im Buchthause] Thomas Göbel von hier gewesen, aber keineswegs besser geworden. Sein polizeilicher Aufsicht Diebereien verübt, die ihn als einen der größten und gefährlichsten oberschlesischen Spieghuben der Zeitzeit kennzeichnen. Glücklicherweise ist dieser Tage seine Verhaftung erfolgt und gleichzeitig sein Helfer und Complice, der hiermit ausfahrende Schuhmacher Stanik, dingfest gemacht worden. Dies trug sich folgendermaßen zu: Vor einigen Tagen ist dem in Stadtteil Charlottenhof wohnenden Gastrirch Rautkowitz eine hochtragende Kuh gestohlen worden. Die Diebe haben, um ihren Zweck zu erreichen, in einer Seitenwand des Kuhstalls eine große Öffnung gemacht und dieselbe zum Eindringen und zum Hinausführen der Kuh benutzt. Bei Verfolgung der hinterlassenen Spur ist wahrgenommen worden, daß an den Seitenwegen, die eingeschlagen wurden, die Spieghuben sammt der gestohlenen Scheide in eine Lehmgrube gefallen waren. Hier kalbte die Gestohlene. Dieser Umstand mochte die Unnachrichten veranlaßt haben, die Kuh, weil sie lebend nicht transportabel war, zu schlachten und das Fleisch des selben anderweitig fortzuschaffen. Das Kalb ist liegen gelassen worden. Von hier aus verlor sich jegliche Spur und es schien, als ob es nicht gelingen werde, die Diebe zu ermitteln. Da bot kurz darauf Göbel auf dem Wochenmarkt zu Rautkowitz dem hiesigen Fleischermeister Sonfalla ein Küffel zum Kauf an, dessen Bezeichnung vollkommen der Beschreibung entsprach, welche unsere Polizeiverwaltung anlässlich der Bekanntmachung des berezogenen Kuhstalls von der gestohlenen Kuh veröffentlichte. Sonfalla machte hierzu Anzeige. Die Haussuchung, welche darauf verfügt wurde, ergab, daß bei Stanik, dem Wirtse des Göbel, nicht nur das Fleisch von der gestohlenen Kuh und daraus bereiterter Galler, sondern auch Schöpsefleisch in Mengen vorhanden war, welches, wie es sich herausstellte, von den vor einigen Tagen dem hiesigen Fleischermeister Morawiecz gestohlenen 15 Schöpse herührte. Desgleichen sind mehrere mit Talg gefüllte Löpse in einer Kammer, unter Kohlen verstckt, vorgefunden worden. Troch Leugnungen sind beide, Hebler und Stebler, sofort verhaftet worden. Bei einer abermaligen Haussuchung in demselben Hause, welche auf Veranlassung des Gendarm Simon d' Staatsanwaltschaft verfügt hatte, fand sich eine Menge der verschiedensten Sachen vor, welche klar machen, daß man es mit sehr gefährlichen Leuten zu thun habe.

**§ 11. Bahrze, 28. Jan. [Armen-Verein. — Concert.]** Ende vergangenen Jahres constituirte sich hier innerhalb der evangelischen Gemeinde ein Armen-Verein, der leibliche wie geistige Hebung der armen Mitgliedern derselben bezweckt und unter Leitung des Gemeinde-Kirchenrathes steht. Um diesen guten Zweck fördern zu helfen, veranstaltete gestern, den 27. d. M. der hiesige Redenhalter Musik-Verein unter freundlicher Unterstützung auswärtiger wie hiesiger Kräfte ein Vocal- und Instrumental-Concert. Dasselbe brachte uns ein so schönes, gewähltes Programm, welches auch fast durchgehend brillant ausgeführt wurde, daß der ungetheilte Beifall des Auditoriums ein wohlverdienter genannt werden kann. Mit Freuden können wir auf diesmal den guten collegialischen Sinn unserer katholischen Lehrerschaft constatiren, die wieder, wie bei dem Kuchen-Concert, liebenswürdig mitwirkten und deren Erklärung, Bas ist confessionsslos, ihnen nicht blos zur Ehre gereicht, sondern auch manch Anderem der hiesigen Gesellschaft zur Nachahmung empfohlen werden kann.

# Cösel, 28. Jan. [Statistik des Krankenhauses. — Unfall-  
— Eisgang. — Vaterländischer Frauen-Verein. — Hypothelen-  
Verein.] Während des vergangenen Jahres wurden im hiesigen städtischen  
Krankenhaus 55 Kranke behandelt, 39 männliche und 16 weibliche. Davon  
sind geheilt entlassen, 31 männliche, 12 weibliche; gestorben 4 männlich  
1 weibliche; Bestand geblieben 4 männliche, 3 weibliche. — Im Laufe dieser  
Woche wurde eine Magd aus Klodnitz, welche daselbst vor ungefähr vier  
Wochen in eine Dreschmaschine gerathen war, so daß ihr das Bein gebrochen  
wurde, ins hiesige Krankenhaus eingebbracht. Dieselbe war bis dahin die  
Behandlung eines Schäfers andernorts unterzogen gewesen. Der Zustand der Magd  
hat sich während dieser Zeit derartig verschlimmert, daß an einer Heilung  
gezweifelt wird. — Am vergangenen Donnerstag geriet ein Bahnarbeiter  
auf dem Bahnhofe Cösel-Kandrzin unter eine Rangiermaschine; es wurde  
ihm ein Fuß abgesägen und das Gesicht durch den Aschekasten verletzt.  
Der Verunglückte wurde in das hiesige städtische Krankenhaus gebracht. —  
Das Eis kann wegen des niedrigen Wasserstandes nicht in Bewegung kommen  
und haben sich die Schollen von der Oderbrücke aufwärts festgesetzt, bei  
Landsmierz sogar dach hoch aufgehürt. Durch die Nachfröste wird  
zusammengepreßt; Eismasse noch compakter und fürchtet man die Oderbrücke.

wird bei Hochwasser dem starken Drude des Eises nicht widerstehen können. Um dem Eise an der Brücke Lust zu machen, musste wiederholt mit Dynamit gesprengt werden. — Dem der Generalversammlung des hiesigen Vaterländischen Frauen-Vereins am Sonntage vorgelegten Rechenschaftsbericht entnehmen wir Folgendes: Am Schlusse des Jahres 1877 zählte der Verein 102 ordentliche und 4 außerordentliche Mitglieder. Die Einnahmen brachten 1404 Mark 52 Pf., Ausgaben 1339 Mark 82 Pf. — In der am vergangenen Sonntage stattgefundenen General-Versammlung des hiesigen Hypotheken-Be sicherungs- und Tilgung-Vereins wurden die Herren J. Stein zum Director, Justizrat Preß zum Controleur und Kaufmann Ring zum Schriftführer in den Vorstand und die Herren Kaufmann Jaschinski, Sanitätsrath Dr. Reche und Kaufmann Grzimel in den Verwaltungsrat auf die nächsten drei Jahre gewählt. Hiernach wurde der Rechenschaftsbericht für 1877 vorgelesen und von der Versammlung als richtig anerkannt. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, die Utensilien durch

Reservfonds zu bezahlen, so daß dieselben nunmehr als Eigentum des Reservfonds verbleiben. Ferner wurden auf Antrag des Vermalungsraths 300 Mark vom Ueberschuß des Neingewinns zur Deckung von Verlusten benutzt und das Mehr des Ueberschusses dem Reservfond überwiesen.

○ Kreuzburg, 26. Januar. [Vortrag.] Die Reihe der von dem „Bethanien-Vereins-Vorstand hiesiger Diöcese“, gez. Költing, gewonnenen zum Besten eines Bethanienhauses Vortragenden eröffnete heute Professor Dr. Alwin Schulz-Breslau in der zu diesem Zweck bewilligten Aula des Gymnasiums mit einem Vortrage über „Leonardo da Vinci.“ — Von der Schwierigkeit eines Künstlers Schaffen, einzige und allein durch mündliche Darstellung begreiflich zu machen, ausgehend und an die Thatache erinnernd, daß Leonardo's „Abendmahl des Herrn“ das Ideal sei, auf welches alle späteren Künstler bewußt oder unbewußt zurückgegangen, ging der Herr Vortragende auf die Jugend und die Erziehung Leonardo's über, der 1452 als illegitimer Sohn Pierro's auf dem Schlosse Vinci bei Florenz geboren, zusammen mit den legitimen Kindern des Genannten erzogen, neben allen nur denkbaren körperlichen Vorzügen bald die glänzendsten Anlagen zu allen Wissenschaften zeigte und namentlich ganz außerordentliche Leistungen im Zeichnen aufwies. Im Atelier Verrocchio's eignete er sich die Technik der Malerei an und malte als Zwanzigjähriger ein Medusenhaupt, das durch den Ausdruck des Durchbaren aller Bewunderung erregte. In der Beobachtung der Natur unablässig sich übend, wandte er zuerst mit Bewußtsein die weichen Conturen an; ohne einem blinden Drange zu folgen, suchte er stets die leichten Gründe eines malerischen Effectes zu erfassen und stellte so jederzeit an sich die strengsten Forderungen. — Am Hofe Ludovico Sforza's mit dem Beinamen il Moro, Herzogs von Mailand, schuf er zwei Werke, das Modell einer Reiterstatue für Francesco Sforza, welches, einmal verunglückt, dann zum zweiten Male gefertigt, das Schicksal hatte, 1499 beim Einfall der Franzosen in Italien von gascognischen Schützen zerschossen zu werden, — und sein „Abendmahl des Herrn“, das auf die Wand des Refectoriums im Kloster alle Gracie zu Mailand gemalt, einfach und edel das menschliche Bathos wiedergab, das unter dem Eindruck der Worte des Herrn: „Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: einer unter euch wird mich verrathen!“ in der Bewegung und Handlung der Jünger in der verschiedenartigsten Abstufung vom saniesten bis zum leidenschaftlichsten Charakter sich lundihut. — Beide Werke haben seinen Ruhm bei der Welt geschaffen, bei der Nachwelt unsterblich gemacht. Eine Skizze des Bildes, sowie das unglückliche Schicksal auch dieses Werkes durch alle Phasen seines Verfalls, den der Unverstand der Menschen, ebenso wie elementare Gewalten herbeiführten, bis auf die rettende Orde Eugen Beauharnais 1807, endlich die Aufzählung seiner Copien fanden ihre klar gehaltene Bedeutung durch den Vortragenden. — In seiner Vaterstadt Florenz, in welche er zurückkehrte, malte er sodann das berühmte Damenporträt, das von Franz I. von Frankreich angekauft, das Entzücken dieses Königs war und noch heute, wenn auch verblaßt, eine Perle des Louvre bildet. Neben Michel Angelo zur Auszeichnung des Sitzungssaales des großen Rath's in Florenz berufen, malte er 1503—4, ein Sujei der vaterländischen Geschichte während, den bewunderten Carton der Schlacht von Angiari (1440), sodann das Bild der heil. Anna, das — fehlerhaft in der Anlage — die kolossal gehaltene Figur der Maria, auf den Knien der gebrechlichen Greisin stehend darstellt. 1513 von Leo X. nach Rom berufen, vermittelte er es, der Sechzigjährige, mit dem jungen Rafael sich in einen Wettschreit einzulassen; er glaubte genug gethan zu haben. Nach weiteren Aufenthalte und Schaffen in Florenz und Mailand starb er, von Franz I. unter den glänzendsten Anerbietungen nach Frankreich berufen, am 2. Mai 1519. — Für seine Zeit außerordentlich bedeutend als Künstler, ja auch als Theoretiker der Kunst in seinem trattato della pittura, als Maler und Dichter, fast zu hoch für dieselbe stehend als Techniker und so unverstanden, ja verlaßt von seinen Zeitgenossen, ein heiterer Epikurär, sich selbst lebend, sein im Schaffenstrieb verzehrender Faust, seinem ähnlicher als Göthe: hat er uns nur das Bedauern hinterlassen, daß er nicht mehr geschafft; das Recht „einem geistreichen Manne vorzuschreiben, womit er sich beschäftigen soll“, zu fordern, daß ein solcher, sich selbst vergessend, auch auf seine Nachwelt Rücksicht nehme, dieses Recht haben wir nicht; so schloß der Herr Vortragende, unter Hinweis auf die gleiche Stelle in Göthe's Jahresbesten sub 1807 seinen 1½ stündigen, überaus anziehenden Vortrag. — Ueber die Dimensionen des Saales nicht genug unterrichtet, sprach der Herr Vortragende leider an zwei Stellen zu gedämpft und so entgingen einzelne Sätze trotz gespannt lauschender Aufmerksamkeit dem weiten Kubörerkreise.

Berlin, 29. Jan. Nach einem schwächeren Anfange gewann der Verkehr bald eine recht feste Haltung und zeigten sich auch die Umsätze recht belangreich. Die Börse legt ein eifriges Streben à la hausse an den Tag und ließ sich von dieser Bahn auch nicht durch die teilweise mitternächtlichen Coursmeldungen, die aus London eintrafen, abbringen. Die Festigkeit fühlte sich hauptsächlich auf Deckungskäuse, zu denen sich doch schließlich die Contremine nolens volens entschließen muß. Die Ultimo-Regulirung wird durch flüssigen Geldstand zwar erleichtert, dennoch könnten die weiten Abstände zwischen den diesmaligen Liquidationscoursen und denen des Vormontags die glatte Abwickelung immerhin erschweren. Im Allgemeinen wird indeß das Baisse-Engagement nicht zu hoch geschätzt und directe Befürchtungen wegen etwaiger durch die großen Differenzen bedingter Ausfälle werden nicht eben laut. Das Begehen, mit dem sich die Börse in der Hausse bewegt, weist jede Schwarzleberei auch bezüglich der internen Angelegenheiten von sich ab. Es bedangen in der Prolongation: Credit 0,20 M. Rep. bis 0,20 M. Dep., Lombarden 0,70 M. Dep., Franzosen 0,50 M. Rep. bis glatt, Commandit glatt, Laurahütte glatt, Italiener 0,20—0,25% Dep., Österreichische Goldrente ½% Dep., do. Silberrente ½% Dep., do. Papierrente ½% Rep., 5prozentige Russen, alte 0,15—0,10% Dep., neue Russen ½—¾% Dep., Ungarische Goldrente 0,15% Dep. Unter den internationalen Speculations-Papieren waren Credit-Actionen lebhaft, aber auch in Lombarden fand ein sehr reger Verkehr statt. Franzosen ruhiger. Die österreichischen Nebenbahnen behundeten eine sehr feste Haltung und wurden auch recht lebhaft umgesetzt. Zu den bevorzugten Devisen sind neben Galiziern Rudolfsbahn, Kaschau-Dörberger, Dur-Bodenbacher und Elbthalbahn zu zählen. Die localen Speculations-effecien hatten ungefähr mit den gestrigen Schluskoursen eröffnet, seigten aber dann die Courserhöhungen fort. Disconto-Commandit-Anteile zeigten sich anfangs weniger fest, besserten aber unter lebhaften Umsätzen bald die Tendenz. Laura-Actionen steigend, Dortmunder Union etwas niedriger. Es notirten Disconto-Commandit ult. 119½—22½—22%, Laurahütte ult. 74—77½ bis 76. Auswärtige Staats-Anleihen gingen mäßig um und behaupteten sich meist im gestrigen Niveau. Italiener etwas niedriger. Russische Werthe waren sehr lebhaft, erfreuten sich aber nicht immer einer ungeschwächten Festigkeit. 5proc. russische Anleihen per ult. 84%—85, 1877er Anleihe 84% bis 85%—85%. Preußische und andere Deutsche Staatspapiere meist unverändert. Eisenbahn-Prioritäten fest. In Bergisch-Märk. 3½ proc. Lit. C. und in Potsdamer 4½ proc. fanden größere Umsätze statt. Auf dem Eisenbahnmarkte war auch heute das Geschäft recht lebhaft. Bevorzugt waren Mainzer, Hannover-Altenbeck, Holle-Sorau und Märk.-Posener beliebt. Bankactien recht fest und lebhaft, Berliner Handelsgesellschaft beliebt und höher, Dessauische Landesbank steigend, Schlesische Bank besser, Breslauer Discontobank zogen ebenfalls etwas an, Meiningen und Weimarer Bank sehr rege und in den Coursen anziehend. Schaffhausen ebenfalls höher. Wrede niedriger. Industriepapiere fanden bessere Beachtung. Norddeutsche Eiswerke erhöhten um 2% die Notirung. Tivoli matter. Böhmisches Brauhaus zog etwas an. Schlesische Porzellanfabrik steigend. Linde Wagenbau sehr beliebt. Oberschles. Eisenbahnbedarf und Görlitzer Eisenbahnbetrieb beliebt. Lauchhammer kam höher zur Notiz. Montanwerthe sehr beliebt und rege. Kölner Bergwerk, Donnersmarck, Duxer Kohlen höher. Louise Liefbau steigend. Marienhitte ging zu besseren Coursen um, ebenso Hibernia.

Um 2½ Uhr: Schwächer. Credit 398, Lombarden 139, Franzosen 452, Reichsbank 155, 25, Disconto-Commandit 122, Laurahütte 76, Lürfen —, Italiener 74, 50, Österreichische Goldrente 64, 60, do. Silberrente 57, 75, do. Papierrente 55, 40, 5 proc. Russen 85, Neue 85, 25, Köln-Mündener 90, 50, Rheinische 106, Bergische 74, Rumänen 26. — (Aus London 1 Uhr 4 M. wird uns die Börse als ruhig gemeldet: Consols 95, 68, Russen 84, Neueste 85½, I. Ungarisch 99.)

Liquidations-Course pro ult. Januar 1878: Creditactien 398, Franzosen 452, Lombarden 138, Galizier 106,50, Köln-Mindener 90,00, Rheinische 106,00, Bergische 74,00, Oberschlesische 122, Oesterl. Goldrente 64,75, Silberrente 57,75, Papierrente 55,50, 1860 er Loose 109,50, Italiener 74,75, Türken 9,75, Disconto-Commandit 122, Laurahütte 76, Russisch-Englische Anleihe 71, 72 u. 73: 85, do. do. 1862 84,50, do. 1877: 85,25, Russische Noten 223, Ungar. Goldrente 80. Für andere deutsche Fonds, Eisenbahn- und Bank-Aktionen heutiger Mittelcours, für Oesterreichische Noten, Wechsel auf Wien und Petersburg, der Mittelcours vom 30. Januar 1878.

Breslau, 30. Jan. [Wasserstand] D.-P. 5 M. 28 Em. U.-P. — M. 76 Em,  
*Gissigkand*

# Berliner Börse vom 29. Januar 1878.

## Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,25 bz
Consolidirte Anleihe	4	104,60 bz
do. do. 1876	4	95,60 bz
Staats-Anleihe	4	93,25 bz
Staats-Schuldscheine	31/2	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	136,20 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4	101,50 bz
Berliner . . . . .	4	100,90 G
Pommersche . . . . .	31/2	83,00 bzG
do. . . . .	4	101,90 bz
do. Lüdtsch.Crd.	4	94,40 bzB
Schlesische . . . . .	31/2	—
Kur.-Neumark. . . . .	4	94,90 bz
Pommersche . . . . .	4	95,30 G
Preussische . . . . .	4	95,30 G
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 bz
Sächsische . . . . .	4	96,25 bz
Schlesische . . . . .	4	96,10 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,40 bzG
Bayerische 4% Anleihe	4	121,60 bzG
Göln.-Mind. Prämisch.	31/2	110,00 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	73,30 G
Kurb. 4% rinaler-Loose	233,50 bzG	Dollars 4,13S G
Bädische 3% Fl.-Loose	138,00 B	Oest. Bahn. 171,65 bz
Kraunschw. Präm.-Anleihe	83,90 bzB	do. Silberg. 175,50 bz
Oldenburger Loose	137,00 B	Russ. Bkn. 223,15 bz
Ducaten 9,58 bz	Dollars 4,13S G	
Sover. —	95 bz	
Napoleon 16,19 bz	do. Silberg. 175,50 bz	
Imperial 16,65 bz	Russ. Bkn. 223,15 bz	

## Hypothen-Certificate.

Krupp'sch Partial-Ob.	5	106,00 G
Unkb. Pfd.-Pr. Hyp.-B.	4	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bz
Deutsche Hyp.-B.-Fb.	4	95,50 G
do. do.	5	100,50 G
Kindb. Cent.-Bod. Cr.	4	109,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,80 G
do. rückz. & 110	5	105,20 G
Uak. H.d.Pfd.-Crd.B.	5	—
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb.Hyp.Schuld.	5	100,00 bz
Hyp.-Auth.-Nord.-G.C.B.	5	95,00 bzG
do. Pfd.-B.	5	95,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,50 bzG
do. do. II. Em.	5	93,00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. E.	5	108,20 bz
do. do. II. Em.	5	105,50 bz
do. 5% Pfd.kzlb.m.110	5	100 bzG
do. 4% do. do. m.110	4	92,90 bz
Meiningzer Präm.-Pfd.	4	104,60 bzG
Oest. Silberpfandb.	5	—
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	—
Pfd.b.d.Oest.-Bd.-Cr.-Pfd.	5	88,70 G
Schles. Bodenr. Pfd.	5	99,00 bzG
do. do.	4	93,25 G
Sädd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	102,50 B
do. do. 4% do.	4	97,90 G
Wiener Silberpfandb.	5	—

## Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.)	41/5	57,75 bz
do. do. 1./4.-1./10.	5	57,75 bz
do. Goldrente . . . . .	4	64,75 bzB
do. Papierrente . . . . .	4	55,25 bz
do. 64er Präm.-Anl.	4	99,25 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	109,80 bz
do. Credit-Losse . . . . .	fr.	295,00 B
do. do. do. 41/2	5	258,50 bz
Russ. Präm.-Anl.v. 64	5	167 bz
do. do. 1866	5	167 bz
do. Bod.-Crd.-Pfd.	5	77,70 bz
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	5	79,75 bz
Russ. Poln. Schatz-Ob.	4	79,25 bz
Poln. Pfndr. III. Em.	4	68,25 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	5	102,50 B
do. do. 1885	5	107,80 bz
do. Bod.-Crd.-Pfd.	5	77,70 bz
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	5	79,75 bz
Russ. Poln. Schatz-Ob.	4	79,25 bz
Poln. Liquid.-Pfd.	4	59,80 bzB
Amerik. rückz. p. 1881	5	102,50 B
do. do. 1885	5	107,80 bz
do. 50% Anleihe . . . . .	5	101 bzB
Ital. neue 50% Anleihe . . . . .	5	147,50 bz
Ital. Tabak.-Oblig.	6	102,50 G
Baab-Grazer 100% Hr.L.	4	70,40 bz
Emanische Anleihe . . . . .	5	9,60 bzG
Türkische Anleihe . . . . .	5	73,10 G
Ung. 50% St.-Eisrn.-Anl.	5	—
do. do. 10 Thlr.-Loose	5	28,00 B
Finnische 10 Thlr.-Loose	5	—
Türk.-Loose 30 bz	—	

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg. Märk. Serie II.	4	100 G
do. V. St.31/2	4	85,20 bz
do. do. VI.	4	99,50 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,20 bz
Berlin-Görlitz . . . . .	5	101,00 B
do. do. 41/2	5	81bz.C. 27,00 G
Breslau-Kreis. Lit. F.	4	—
do. Ldt.	4	94,75 G
do. do. H.J.	4	91,60 bzG
do. do. K.	4	91,60 bzG
do. von 1876	5	101,00 bzG
Cöln-Mindens III. Lit. A.	4	92,25 G
do. . Lit. B.	4	99,75 bzG
do. . Lit. C.	4	94,10 bz
Halle-Sorau-Guben . . . . .	4	101,20 bz
Hanover-Altenbekn. . . . .	4	—
Märk.-Posener . . . . .	5	102 bz
N.M. Staatsb. I. Ser. 4	4	96,60 bz
do. do. II. Ser. 4	4	94,00 G
do. do. III. Ser. 4	4	97,20 bz
Obersches. A. . . . .	4	94,50 bz
do. B. . . . .	31/2	85 G
do. C. . . . .	4	92,40 G
do. D. . . . .	4	92,40 G
do. E. . . . .	31/2	85,00 bzB
do. F. . . . .	4	108,75 B
do. G. . . . .	4	101,20 bz
do. von 1869	5	103,30 G
do. von 1873	4	98,50 G
do. von 1874	4	98,50 G
Brigg.-Neisse . . . . .	4	—
Cosel.-Oderb.	4	—
do. do. 41/2	5	103,50 B
do. do. Stargard.-Posen	4	—
do. do. II. Em.	4	99,70 G
do. do. III. Em.	4	99,70 G
Ostpreuss. Sädbahn . . . . .	5	100,20 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	—
do. do. 41/2	5	99,20 bz
Schles. Eisenbahn . . . . .	4	—
Chemnitz-Kometau . . . . .	5	—
Dux-Bodenbach . . . . .	5	57,50 etbg
do. II. Emission	5	47,50 etbg
Prag-Dux . . . . .	fr.	19 bzG
Gal. Carl.-Ludw.-Bahn	5	85,60 bz
do. do. neue	5	84,70 G
Kaschau-Oderberg . . . . .	5	62,90 bz
Ung. Nordostbahn . . . . .	5	57,50 bzG
Lemberg-Czernowitz . . . . .	5	55,30 bz
do. do. II.	5	63,90 bzG
do. do. III.	5	65,25 etbg
Mährische Grenzbahn . . . . .	5	52,80 G
Märk.-Schl. Centralb.	fr.	12,60 G
do. . fr.	10,50 G	
Kronpr. Rudolf-Bahn . . . . .	5	65,40 bzG
Oesterr.-Französische . . . . .	3	32,75 G
do. do. II.	3	31,25 G
do. südl. Staatsbahn	3	23,70 bzG
do. neu	3	23,70 bzG
do. Obligationen	5	81,60 G
Zweän. Eisenb.-Oblig.	6	73,00 bzG
Wacshau-Wien II. . . . .	5	94,15 bz
do. III. . . . .	5	91,75 bzG
do. IV. . . . .	5	83,75 bzG
do. V. . . . .	5	75,75 bzG

## Wechsel-Course.

Amsterdam	100 FL	8 T. 3	168,30 bz
do. do.	100	2 M. 3	167,50 bz
London	1 Lstr.	3 M. 3	20,295 bz
Paris	100 Frca.	8 T. 2	81,00 bz
Petersburg	100 SR.	3 M. 6	222,25 bz
Warschau	100 SB.	8 T. 6	222,75 bz
Wien	100 FL	8 T. 4	171,65 bz
do. do.	100	2 M. 4	170,50 bz

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1876	1877	ZG
Aachen	1	4	19,50 bzG
Berg.-Märkische	33/4	4	73,60-4 bz</td